

Amtsunfähig

FAZ 29.11.17

Zu „Sagen Sie bloß nicht Impeachment!“ von Professor Dr. Claus Leggewie (F.A.Z. vom 18. November): Erstens schreibt Professor Leggewie im ersten Absatz seines Artikels: „Nun, wie wäre es mit einem Impeachment, einem Amtsenthebungsverfahren?“ Dabei bezieht er sich auf den Zusatzartikel XXV, Absatz 4 der amerikanischen Verfassung, nachdem „man einen kranken Präsidenten absetzen kann (und muss), der unfähig ist, die Befugnisse und Obliegenheiten seines Amtes wahrzunehmen“. Allerdings ist festzuhalten, dass im entsprechenden Originaltext dieses Zusatzartikels an keiner Stelle von „Impeachment“, also Amtsanklage mit Enthebung vom Amt gesprochen wird.

Der Begriff „Impeachment“ ist eindeutig und ausschließlich nur im Verfassungsartikel II, Absatz 4 zu finden, in dem von der Möglichkeit einer Amtsanklage gegen den Präsidenten, Vizepräsidenten und allen Beamten der Vereinigten Staaten von Amerika gesprochen wird – und zwar unter den vorausgesetzten Tatbeständen von „treason, bribery, high crimes and misdemeanors“, also von Verrat, Bestechung, schweren Ver-

brechen und sonstigen Vergehen.

Das, was Professor Leggewie hier erwähnt, lässt sich nicht mit Amtsanklage zusammenfassen, da es sich hier nicht um die in Artikel II, 4 definierten vier Tatbestände handelt. Zweitens nennt der Autor des Artikels als weitere Beispiele für einen kranken Präsidenten den „paranoiden Nixon und den dementen Reagan“. Der zweite Fall ist insofern nicht richtig, da Reagan erst nach seiner Amtszeit, die von 1981–89 ging, Anfang der 1990er Jahre unter der Alzheimer-Krankheit litt.

Wenn es einen amtsunfähigen Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten gab, dann war das Thomas Woodrow Wilson nach seinem Schlaganfall 1919. Trotzdem blieb Wilson bis zum Ausscheiden 1921 im Amt, und vor allem seine Frau Edith, sein Privatsekretär Joseph Tumulty und der Leibarzt Cary Grayson sollten die Amtsgeschäfte für Wilson führen. Unter anderem auf diesen Fall geht der Zusatzartikel XXV von 1967 zurück, damit bei Amtsunfähigkeit des amtierenden Präsidenten sich so etwas wie bei Wilson nicht wiederholen solle.

L-MAXIMILIAN RATHKE, BRAUNSCHWEIG